

## GESCHÄFTSBERICHT 2008

### Erfolgreiches Geschäftsjahr 2008

Die sozio-ökonomischen und damit auch wirtschaftspolitischen Herausforderungen konnten und könnten nicht größer sein. Aber: Wir sind „von Hause aus“ Optimisten. Schwierige Zeiten bieten neue Chancen für neue Ideen – gerade auch, um akute Probleme besser lösen zu können. Dazu wollen die Leistungen der HWWI-Forscherinnen und -Forscher und des HWWI als Think Tank der Metropolregion Hamburg beitragen. Einen Überblick über die Vielfalt der von uns bearbeiteten Themen und deren Transfer an die Öffentlichkeit finden Sie im Geschäftsbericht 2008.

Das dritte volle Geschäftsjahr des HWWI war durch die prozentual größte Steigerung der Gesamtleistung in der jungen Geschichte des HWWI gekennzeichnet. Alle drei Säulen unserer Finanzierung (freie Zuwendungen, Projektzuwendungen sowie Umsatzerlöse aus der Auftragsforschung) stiegen im letzten Jahr um fast 30 % gegenüber 2007. Durch Schaffung neuer Promotionsstellen für junge Akademiker(innen) und Neueinstellungen erhöhte sich auch die Anzahl der Beschäftigten von durchschnittlich 28 auf 38 Personen.

Den Geschäftsbericht 2008 des HWWI finden Sie unter [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org).

## IN DIESER AUSGABE

Alternde Stadt Hamburg Seite 1/2

Stadt und Land – Welche Rolle spielen (steigende) Transportkosten? Seite 3

Was Opel von der Hypo Real Estate unterscheidet Seite 4

## DEMOGRAFIE

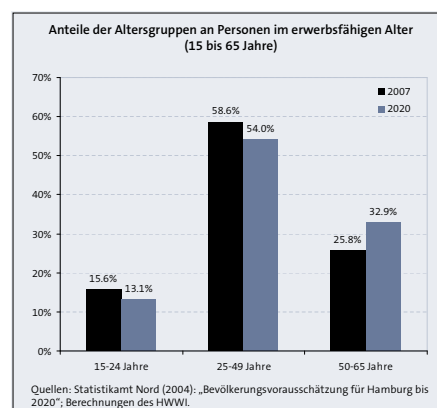
# Alternde Stadt Hamburg

Aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs der Lebenserwartung und der bereits seit langem niedrigen Geburtenraten wird die hamburgische Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten deutlich altern und zahlenmäßig schrumpfen. Die erheblichen Konsequenzen für die Alterstruktur der Belegschaften hat das HWWI in einem Gutachten für die Handelskammer Hamburg analysiert. Wie kann diesen Entwicklungen von Seiten der Politik und der Wirtschaft begegnet werden? Von Alkis Otto und Silvia Stiller

Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahrzehnten zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang in Deutschland führen. In Hamburg wird der Bevölkerungsrückgang deutlich verzögert und voraussichtlich erst Mitte der Zwanzigerjahre einsetzen. Gleichwohl besteht für Hamburg Handlungsbedarf, denn der demografische Wandel wird sich bereits im kommenden Jahrzehnt in einer spürbaren Alterung der Stadtbevölkerung zeigen: So waren 2007 50 % der Bevölkerung 41 Jahre oder jünger. Im Zuge des demografischen Wandels und trotz berücksichtigter Zuwanderung werden im Jahr 2020 nach Berechnungen des Statistikamtes Nord 50 % der Bevölkerung bereits 43 Jahre oder jünger sein. Auf dem Arbeitsmarkt äußern sich die demografischen Effekte vor allem darin, dass die Gruppe der Erwerbspersonen altert. Die Grafik zeigt, wie sich der

Anteil unterschiedlicher Altersgruppen an der Gruppe der 15- bis 65-Jährigen im Zeitablauf verändert. Dabei wird deutlich, dass der Anteil der 15- bis 25-Jährigen und der Anteil der 25- bis 49-Jährigen bis 2020 zugunsten der Gruppe der 50- bis 65-Jährigen abnehmen wird. Diese Gruppe wird im Jahr 2020 statt eines Viertels in 2007 rund ein Drittel aller Personen im Erwerbsalter ausmachen.

Wenngleich eine Alterung der Erwerbstätigen im kommenden Jahrzehnt unausweichlich erscheint, kann die Alterung für unterschiedliche Wirtschaftsbereiche und Berufsabschlussgruppen unterschiedlich ausfallen. Dies liegt einerseits daran, dass die Wirtschaftsbereiche künftig in unterschiedlichem Maße relativ junge Arbeitskräfte rekrutieren könnten. Andererseits ist bereits heute die demografische Struktur für die Wirtschaftsbereiche unterschiedlich, so dass aus der aktuellen Altersverteilung Hinweise auf Dringlichkeit und künftigen Handlungsbedarf gewonnen werden können. Im Jahr 2005 betrug das Durchschnittsalter aller Erwerbstätigen in Hamburg 40,9 Jahre. Das mittlere Alter der Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss lag 2005 in Hamburg bei 36,2 Jahren und somit deutlich unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen. Dies liegt freilich darin begründet, dass die jungen Auszubilden-



den zu dieser Gruppe gezählt werden. Bei der Qualifikationsgruppe mit abgeschlossene Lehre, Fachschule oder Meisterausbildung lag das durchschnittliche Alter mit 42 Jahren schon ein Jahr über dem allgemeinen Durchschnittsalter. Hier stellen die Erwerbstätigen des Produzierenden Gewerbes mit durchschnittlich 43,1 Lebensjahren die ältesten Vertreter. Das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen lag hingegen rund ein Jahr unterhalb des Durchschnittsalters der Berufsabschlussgruppe. Die für die Dienstleistungsmetropole Hamburg relativ bedeutende Gruppe der Erwerbstätigen mit akademischem Abschluss sind mit durchschnittlich 43,3 Jahren erwartungsgemäß die älteste Berufsgruppe. Bemerkenswert sind hier die Erwerbstätigen der Öffentlichen und Privaten Dienstleister, die mit durchschnittlich 44,8 Jahren deutlich den Durchschnitt anheben. Das höhere Alter dieser Gruppe geht dabei ganz eindeutig auf die Altersstruktur des Öffentlichen Dienstes zurück, der mit durchschnittlich 45,6 Jahren mehr als 3 Jahre oberhalb des Durchschnittsalters aller anderen Studierten lag. Relativ jung sind wiederum die Akademiker aus dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen mit durchschnittlich 42 Jahren und auch die Akademiker im Produzierenden Gewerbe mit durchschnittlich 41,7 Jahren.

**Welche Vorkehrungen können Wirtschaft und Gesellschaft in Hamburg treffen, um der Alterung der Erwerbstätigen und möglichen Engpässen bei Fachkräften zu begegnen?** Eine gewichtige Rolle bei alternen Belegschaften wird die Reorganisation von Arbeitsprozessen und Teamstrukturen spielen, die für neue demografische Rahmenbedingungen optimiert werden können. Hier sollte weiterhin die Forschung von Arbeitswissenschaftlern unterstützt und ein Wissenstransfer zur Wirtschaft gefördert werden. Ferner kommt der Weiter- und Fortbildung Älterer ein höheres Gewicht zu. Diese scheiterte bisher oft daran, dass eine Fortbildung Älterer angesichts der weit verbreiteten Praxis von Frühver-

rentungen unattraktiv erschien. Die bundesweit voranschreitende Alterung der Bevölkerung wird jedoch angesichts der angespannten Lage der Rentenkassen und der politisch bereits beschlossenen sukzessiven Anhebung des Renteneintrittsalters Frühverrentungen in größerer Zahl nicht weiter erlauben. Ein Bildungsangebot für ältere Arbeitnehmer wird daher attraktiver und bei drohendem Fachkräftemangel in einzelnen Branchen unumgänglich werden. Neben der Erneuerung des Humankapitals durch arbeitsbegleitende Bildungsmaßnahmen sollte auch berücksichtigt werden, dass viele Erwerbstätige bei fortgeschrittenem Alter körperlich an Leistungsfähigkeit verlieren. Auch hier zeigt ein Blick über die Grenzen, dass einer derartigen Entwicklung durch gezielte Investitionen in ergonomische Arbeitsplätze und altersgerechte Arbeitsabläufe erfolgreich begegnet werden kann.

**Auch im Bereich der Familienpolitik können diverse Maßnahmen zu einer Verbesserung des Fachkräfteangebots und Verjüngung der Belegschaften führen.** Zu beachten ist dabei, dass die Erwerbsquote der Frauen laut Statistikamt Nord mit 51,1 % deutlich unter der Erwerbsquote der Männer von 67,4 % liegt und zudem Teilzeitbeschäftigung immer noch eine Domäne der Frauen ist – etwa drei Viertel der Teilzeitstellen in Hamburg wurden 2005 von Frauen ausgeübt. Hinzu kommt, dass im Jahr 2005 rund 27 % der Erwerbstätigen in Hamburg Einpendler waren. Lange Wege bzw. Zeitspannen zwischen Wohnung, Kinderbetreuung und Arbeitsplatz sind ein Haupthemmnis für ein größeres Engagement von Eltern am Arbeitsmarkt. Um die hier schlummernden Potentiale zu aktivieren, wäre eine räumlich dichtere Ausstattung mit Kindergärten hilfreich, die es beiden Elternteilen erlauben würde, einem Beruf nachgehen zu können. Arbeitsplatznahe Betreuungsangebote könnten einerseits durch mehr staatliche Angebote oder andererseits durch private, betrieblich betriebene Kindergärten realisiert werden. Hier ist auch zu prüfen, ob benachbarte kleine und mittlere Betriebe in Koopera-

tion derartige Angebote machen könnten. Ein weiteres Problem für die Berufstätigkeit beider Elternteile stellen nicht zuletzt die langen Ferienzeiten der Schulkinder dar. Auch hier sollte über Betreuungsangebote oder flexible Arbeitszeiten und -verträge nachgedacht werden. Eine alternde Gesellschaft wird aber auch mehr Pflegefälle von Familienangehörigen mit sich bringen. Wiederum droht hierdurch, dass künftig familiäre Verpflichtungen ein Angebot auf dem Arbeitsmarkt einschränken oder verhindern könnten. Neben der Förderung von Kindern und Arbeit wird daher auch über Verbesserungen im Bereich der Altenpflege und -fürsorge nachzudenken sein.

**Drohenden Engpässen bei Fachkräften könnte zukünftig durch administrative Maßnahmen begegnet werden.** Zum einen könnte hier über die gezielte Anwerbung von ausländischen Fachkräften nachgedacht werden. Angesichts eines Ausländeranteils von nur 13,6 % in Hamburg – Großstädte wie Frankfurt oder München verfügen über 21,1 % bzw. 23,6 % – bleibt noch erheblich Spielraum. Der Ansatz erfordert nicht nur die Erhaltung eines attraktiven städtischen Raumes sondern auch eine zielsichere Steuerung der Zuwanderung. Initiativen zur Harmonisierung von Bildungsabschlüssen könnten zudem die leichtere Ansiedlung von Fachkräften aus dem Ausland ermöglichen. Schließlich ist darüber nachzudenken, ob bei Fachkräftemangel älteren Arbeitskräften, die einen vorzeitigen Renteneintritt in Erwägung ziehen, attraktive Arbeitsangebote auf Teilzeitbasis bis zum regulären Renteneintritt unterbreitet werden können. Darüber hinaus sollte auch erwogen werden, ob künftig oberhalb des gesetzlichen Renteneintrittsalters eine freiwillige Fortführung der Arbeitstätigkeit ohne Nachteil ermöglicht werden könnte.

**HWWI POLICY REPORT**

Otto, A., S. Stiller (2009): Demografischer Wandel und Arbeitskräfteangebot: Perspektiven und Handlungsoptionen für hamburgische Unternehmen, HWWI Policy Report, Nr. 12.

## Stadt und Land – Welche Rolle spielen (steigende) Transportkosten?

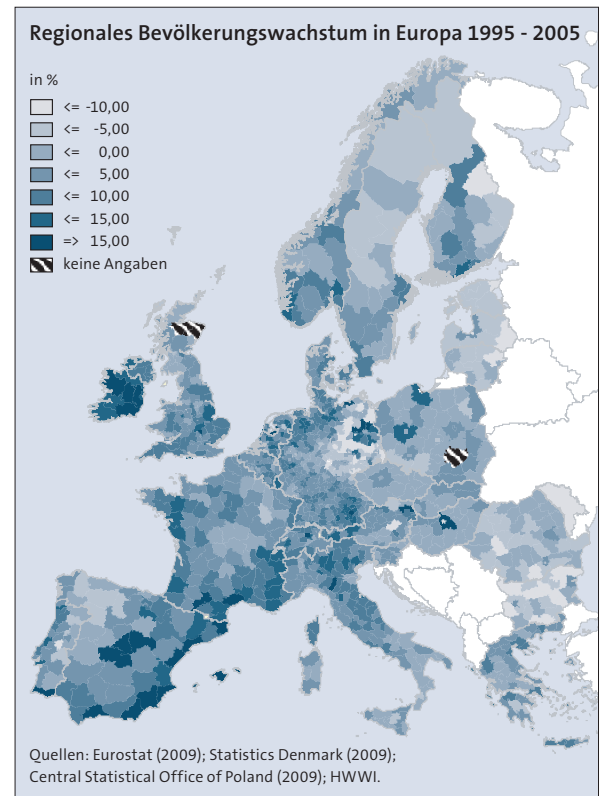
Internationale Warenströme und zunehmende Mobilitätsanforderungen sind nur zwei Beispiele dafür, warum Transportkosten sowohl für Unternehmen als auch für Private bedeutsam bei der Wahl von Standort und Wohnort sind und so letztendlich die Herausbildung von städtischen und ländlichen Regionen beeinflussen. Ein Forschungsprojekt des HWWI im Auftrag von alstria First German REIT setzt sich das Ziel, differenzierte Aussagen hinsichtlich der Implikationen langfristig steigender Energiekosten für Agglomeration und künftige Stadtentwicklung von Metropolregionen im Allgemeinen sowie für Hamburg im Besonderen abzuleiten. *Von Ingrid Ott*

Im Jahr 2008 lebte bereits über die Hälfte der Menschheit in Stadtregionen – Tendenz steigend. Es gibt heute 19 sogenannte Megacities mit mehr als 10 Millionen Einwohnern, im Jahr 2025 wird die Zahl dieser Städte auf 27 angestiegen sein. Im vergangenen Jahrhundert waren die industriellen Zentren Europas die Regionen von Nord-England über Benelux und das Ruhrgebiet bis hin zu Mailand und Turin. Heute zählen dazu auch die Metropolregionen um Madrid, Barcelona, Paris, Hamburg, Kopenhagen sowie zunehmend auch die osteuropäischen Metropolen Warschau, Bukarest und Budapest.

Die Grafik verdeutlicht, dass Wachstum und Agglomeration Hand in Hand gehen und die ökonomische Aktivität nicht zufällig im Raum verteilt ist. Natürliche Gegebenheiten, wie Küsten und Flussläufe, oder die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, wie Ackerland oder Kohle, sind immer weniger bedeutsam bei der Gestaltung heutiger und künftiger Wirtschaftsräume. Liberalisierungen und niedrige Transportkosten erlauben die Fragmentierung von Produktionsprozessen, die Schaffung internationaler Wertschöpfungsketten ermöglicht so die Herausbildung spezialisierter Regionen. Die Nutzung der daraus resultierenden Vorteile erhöht die Effizienz der weltweiten Produktion. Insbesondere hoch qualifizierte Arbeitskräfte folgen verfügbaren Arbeitsplätzen, was bei Erreichen einer kritischen Masse wiederum eine Vielzahl weniger spezialisierter Arbeitsplätze nach sich zieht. Damit sind die Kosten zur Überwindung räumlicher Distanz nicht nur entscheidungsrelevant für die Standortwahl von Unternehmen, sondern liefern zugleich die Grundlage für sich selbst verstärkende Prozesse – eine einmal vorliegende Tendenz zu Agglomeration verfestigt sich.

Letztendlich wird die räumliche Verteilung von Städten, Unternehmen und Menschen durch das Zusammenspiel von Agglomerations- und Dispersionskräften bestimmt. Für Unternehmen ist die Ansiedlung in Kernregionen attraktiv, weil sie dann von den Vorteilen räumlicher Nähe (Agglomerationsvorteile) profitieren können. Zu viel Konzentration kann jedoch auch nachteilige Effekte haben wie Wettbewerb um Arbeitskräfte, hohe Mieten, Umweltverschmutzung, Engpässe in der Infrastruktur und damit verbunden Stauzeiten, manchmal auch erhöhte Kriminalität. Diese Dispersionskräfte wirken der Herausbildung von Konzentrationen entgegen. Wann ein Gleichgewicht zwischen diesen Kräften herrscht, wird wesentlich durch die Höhe der Handelskosten bestimmt. Letztere lassen sich in integrierten Wirtschaftsräumen wie der EU auf Energie- und Zeitkosten reduzieren, da zum Beispiel Zölle oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse keine herausragende Rolle spielen.

Dies zu Ende gedacht, bestimmt die Höhe der Energiekosten letztendlich mit, ob und in welchem Umfang Agglomerationen entstehen und wie sie sich im Zeitablauf verändern. Je niedriger die Transportkosten sind, umso eher ist es für ein einzelnes Unternehmen lohnenswert, regionale Spezialisierungsvorteile in der Produktion zu nutzen und das Gut sodann zum Konsumenten zu transportieren. Gibt es bei der Produktion jedoch keine oder wenig Vor-



teile aus räumlicher Nähe zu Geschäftspartnern, sind kurze Wege zum Absatzmarkt wichtig. Konzentration findet dann nicht statt. Bei hohen Transportkosten werden sich gerade exportintensive Industrien, sofern sie in der Produktion wenig von räumlicher Nähe profitieren, eher in Küstenregionen niederlassen, da für sie die Anbindung an den Weltmarkt von zentraler Bedeutung ist. Wissensintensive Industrien hingegen verbleiben vermutlich dort, wo die Anbindung an Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen am ehesten gegeben ist.

### HWWI POLICY PAPER

Ott, I. et al. (im Erscheinen): Implications of rising energy and transportation costs for future urban development – a global perspective, HWWI Policy Paper, 1-14..

# Was Opel von der Hypo Real Estate unterscheidet

Die inzwischen knapp zwei Jahre andauernde Subprime-Krise fordert national wie international weiterhin ihre Opfer. Bei der Rettung einer Reihe privater und öffentlicher Kreditinstitute sowie einzelner Unternehmen mit der Bereitstellung von Liquidität bzw. Garantien wird dabei oft verkannt, dass es gute Gründe gibt, zwischen Banken und Nichtbanken zu unterscheiden. *Von Michael Berlemann*

Das Kerngeschäft einer Bank besteht darin, Einlagen von Anlegern zu sammeln und diese in Form von Krediten an Kapitalnachfrager weiterzureichen. Der Anlagehorizont vieler Anleger ist dabei sehr viel kürzer als der Finanzierungshorizont langfristiger Investitionsprojekte. Die Aufgabe von Banken besteht darin, die relativ kurzfristigen und niedrigen Einlagebeträge in langfristige Kredite mit erheblichen Volumen zu transformieren. Um diese Größen- und Fristentransformation bewältigen zu können, müssen sich Banken auf Erfahrungswerte verlassen. So sind den Banken zum Beispiel die durchschnittlichen Zahlungsein- und -ausgänge auf den Girokonten der Kunden bekannt. Die nach Einrechnung einer Sicherheitsreserve überschüssigen Mittel können an Kapitalnachfrager verliehen werden. Dabei ist es unproblematisch, wenn Kunden im Einzelfall ihr Abbehungsverhalten verändern. Hat die Bank nur genügend viele Kunden, so halten sich die Abweichungen im Aggregat die Waage. Eine solide arbeitende Bank bleibt so stets solvent und liquide.

Die Situation kann sich jedoch in Krisenzeiten schlagartig ändern. Gehen die Einleger aus irgendeinem Grund davon aus, dass ihre Bank unsolide wirtschaftet, so werden sie in der Regel versuchen, ihre Einlagen umgehend aus der Bank abzuziehen. In diesem Fall wird die betroffene Bank in erhebliche Liquiditätsprobleme geraten, da ihre Reserven dann in der Regel nicht mehr ausreichen, um die Einleger zu befriedigen. Da sie typischerweise im Sinne der Fristentransformation die Einlagen langfristig ausgeliehen hat, ist die kurzfristige Liquidation nicht oder nur zu sehr ungünstigen Konditionen möglich. Kann sich die Bank

kurzfristig nicht anderweitig liquide Mittel beschaffen, so droht ihr die Schließung.

**Nun unterscheiden sich Banken von Nichtbanken keineswegs darin, dass Banker keine Fehler machen würden, Nichtbank-Manager hingegen schon.** Resultieren die Gerüchte der anstehenden Insolvenz einer Bank aus tatsächlichen Managementfehlern, so ist der Bankrott einer Bank (zumindest auf den ersten Blick) nicht anders zu bewerten als der einer Nichtbank. Die Kapitalgeber des Unternehmens verlieren in Konsequenz der verfehlten Geschäftspolitik ihre Einlagen. Der Unterschied zwischen Banken und Nichtbanken besteht vielmehr darin, dass dieser Fall bei Banken auch dann eintreten kann, wenn die Bank gar keine unsolide Geschäftspolitik betrieben hat. Allein das – möglicherweise jeder Grundlage entbehrende – Gerücht einer bevorstehenden Insolvenz kann ausreichen, einen Bank-Run auszulösen und hier-

**Prof. Dr. Michael Berlemann** ist der neue Leiter des HWWI-Kompetenzbereiches „Weltwirtschaft“. Unter der Leitung von Herrn Berlemann wird sich der Kompetenzbereich mit den Fragen des internationalen Finanz- und Währungssystems, des Welthandels, der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wettbewerbs zwischen Regionen, globaler Umweltprobleme und ökonomischer Konsequenzen des Klimawandels und des internationalen Konjunkturzusammenhangs beschäftigen. Das HWWI bedankt sich bei **Prof. Dr. Matthias Busse**, der den Kompetenzbereich drei Jahre erfolgreich geleitet hat und nun auf den Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Ruhr-Universität Bochum berufen wurde. Herr Busse bleibt dem HWWI als Research Fellow erhalten.

durch das in der Bank befindliche Kapital zu vernichten. Dieser besonderen Fragilität von Banken, die aus ihrer Funktion der Größen- und Fristentransformation heraus begründet ist, ist es geschuldet, dass Banken unter besonderem Schutz des Staates stehen. Der Staat fungiert hier als Geldgeber der letzten Hand indem er entweder direkt Mittel bereit stellt oder aber über die Gewährung von Garantien den Anlegern die Sorge nimmt, ihre Einlagen nicht zurück zu erhalten. Daneben existieren in vielen Ländern Einlagensicherungssysteme, die die Gefahr von Bank-Runs lindern sollen.

**Die Fragilität des Bankgeschäfts ist paradoxerweise auch der Grund dafür, dass die meisten Staaten auch Banken mit unsolider Geschäftspolitik unterstützen.** Lässt der Staat zu, dass eine Bank geschlossen werden muss, so kann dies massiven Einfluss auf die Erwartungen der Marktteilnehmer haben. In der Regel führt eine Bankenpleite zu massiven Einlageabzügen auch bei anderen, an sich gesunden Banken, so dass sich dieser Impuls durch das gesamte Bankensystem ziehen und weitere Bankenpleiten provozieren kann. Die Unterstützung von Banken mit zeitweise unsolider Geschäftspolitik ist insofern zwar eine Behinderung der Auslesefunktion des Marktes, aber doch im Interesse der soliden Finanzinstitute und der Volkswirtschaft als Ganzem. Eine vergleichbare Vertrauenskrise bei Nichtbanken kann es hingegen nicht geben. So ungerecht die Ungleichbehandlung von Banken und Nichtbanken auf den ersten Blick also erscheinen mag – sie ist keinesfalls Ergebnis einer Klientelpolitik sondern Bestandteil einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik. Sie muss allerdings durch eine adäquate Bankenregulierung begleitet werden.